

Die Mehlnot und die Agrarier.

Der ständige Ausschuss der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen hielt am 15. d. in Wien eine Sitzung ab, deren Verhandlungen hauptsächlich die sehr aktuelle „Mehlfrage“, die Abwehr der agrarfeindlichen Setereien und underechtigten Preistreiberanschuldigungen, dann die agrarischen Forderungen zu den bevorstehenden Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn betrafen. Ueber die Sitzung wird ein Communiqué ausgegeben, dem wir folgendes entnehmen: Bei der Aussprache über die Mehlpreisfrage und die Tätigkeit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt wie auch der Futtermittelzentrale wurde von verschiedenen Rednern hervorgehoben, daß die verfügbaren Getreidevorräte seitens der Kriegsgetreideverkehrsanstalt oft sehr lange Zeit nicht abgenommen wurden und andererseits die Mehlversorgung, besonders die der kleineren Landgemeinden, sehr viel zu wünschen übrig lasse, ja eine so mangelhafte sei, daß die Bäckereien oft mehrere Tage in der Woche gar nicht backen können, was besonders von der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft, die auf den Bezug von Mehl und Brot durch Brotkarten angewiesen ist, sehr schwer empfunden wird. Es wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß ungeachtet der so loyal klingenden Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza es noch immer nicht gelungen ist, die klaglose Versorgung der diesseitigen Reichshälfte mit ungarischem Getreide sicherzustellen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde ein abermaliger unterschiedener Protest gegen die fortgesetzten agrarfeindlichen Verhehungen, gegen die Beschlagnahme landwirtschaftlicher Fachartikel und Kundgebungen sowie bezüglich der Gerichtsverhandlungen wegen „Preistreiberei“ erhoben. Es wurde nach eingehender Begründung eine mit den erforderlichen Akten belegte, ausschließlich nur behufs Festlegung der Stellungnahme der österreichischen agrarischen Zentralstelle der k. k. Regierung zu überreichende Resolution gefaßt. Hierauf wurde die neue Verordnung bezüglich der Festlegung der Höchstpreise für Heu und Stroh besprochen. In voller Einmütigkeit verlief die Beschlussfassung über die Leitsätze für die zukünftige Zoll- und Handelspolitik des österreichisch-ungarischen Vertragszollgebietes, den mit Ungarn abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag sowie anderer mit dem wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn zusammenhängenden Fragen. Die erörterten Leitsätze werden später zeitgerecht veröffentlicht werden. Weiterhin wurde wegen endlicher Erlassung von Bestimmungen zum Schutz des Honigs gegen die überhandnehmenden schwindelhaften Kunsterzeugnisse verhandelt und beschlossen, insbesondere beim Ministerium des Innern vorstellig zu werden, daß im Sinne des Beschlusses des Lebensmittelrates vom Jahre 1909 unter dem Namen „Honigbutter“ nicht irgendeine minderwertige Kunstware, sondern wirklich nur ein Gemisch von Bienenhonig und Butter verkauft werden darf. Seitens der Regierung hatten an der Sitzung teilgenommen: vom Ackerbauministerium Sektionschef Dr. Seidler, Ministerialbizesekretär v. Urbas und Bezirkskommissär Dr. Bodopivec, vom Eisenbahnministerium Ministerialbizesekretär Dr. Nauscher, von der niederösterreichischen Statthalterei Statthaltereirat Bander. Der niederösterreichische Landesauschuss war durch Landesinspektionsrat Leimer, der salzburgische durch Landeshauptmannstellvertreter Abg. Schöfleithner vertreten. Vom Ehrenpräsidium der agrarischen Zentralstelle war auch Graf Gudenus erschienen.